

GLOBALE UND REGIONALE ORDNUNG

EINFLUSS DURCH KOOOPERATION?

Nordische, deutsche und EU-Interessen in der Arktis

Tobias Etzold
August 2020



Die Arktis bietet Raum für Kooperation, doch das Potential für Spannungen und Interessenskonflikte nimmt zu aufgrund wachsender Interessen und Ansprüche ihrer Anrainer, darunter die nordischen Länder, sowie von Nichtarktistaaten.



In Zukunft sollten die Nordeuropäer und andere europäische Länder wie Deutschland noch enger zusammenarbeiten, um ihren Einfluss zu wahren und um sich als stabiles Gegengewicht zu den Großmächten in der Arktis zu etablieren.



Neben eigenen wirtschaftlichen Interessen ist den Europäern auch am Schutz von Umwelt und Mensch sowie der Wahrung der Arktis als Feld konstruktiver multilateraler Interaktion gelegen.

Im Zuge des Klimawandels steigen die globale Bedeutung sowie das internationale Interesse an der Arktis aufgrund der sich durch den Eisrückgang bietenden neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Doch gleichzeitig nehmen die Herausforderungen und Gefahren für Mensch und Umwelt in der Region zu. Auf den ersten Hype um die Arktis um 2010 folgte jedoch schnell Ernüchterung. Der prognostizierte Wettlauf um die arktischen Bodenschätze und die Sicherung neuer Handelsrouten blieb vorerst aus. Noch gestalten sich die Suche nach und die Bergung von Rohstoffen als zu teuer und unrentabel. Doch mit der Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump im August 2019, Dänemark Grönland abkaufen zu wollen, um den USA auf diese Weise die dortigen Bodenschätze und Einfluss zu sichern, erhielt die internationale Aufmerksamkeit für die Arktis einen neuen Schub. Die sich anschließende Empörung in Grönland, Dänemark und vielen anderen Ländern sowie das merkliche Abkühlen der US-amerikanisch-dänischen Beziehungen geben einen Vorgeschmack darauf, was der Arktis in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bevorstehen könnte.

NEUE GEOPOLITIK IN DER ARKTIS

Noch allerdings sind die Zuständigkeiten und Eigentumsrechte für Schifffahrtsrouten und Rohstoffe größtenteils klar verteilt. Die meisten der bekannten und vermuteten Öl- und Gasvorkommen im arktischen Meeresboden befinden sich in Gebieten, die (see-)rechtlich eindeutig einzelnen Staaten zuzuordnen sind, das heißt innerhalb ihrer ausschließlichen Wirtschaftszonen (bis 200 Seemeilen vor der jeweiligen Küste). Zudem sind viele bereits existierende sowie zukünftige Rohstoffprojekte sowie die Nutzung der Schifffahrtswege aufgrund der harschen Bedingungen und der erforderlichen ausgefeilten Technologie von einzelnen Staaten allein nicht realisierbar.

Bislang ließen sich tatsächliche und potentielle Konflikte eindämmen. Noch deuten mehr Faktoren auf Zusammenarbeit denn auf Konflikt hin. Die Region ist weitgehend von funktionaler Zusammenarbeit, insbesondere unter dem Dach des 1996 gegründeten Arktischen Rates, geprägt. Diesem gehören die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden sowie Kanada, Russland und die USA an. Die indigenen Völker der Arktis sind durch sechs ständige Teilnehmerorganisationen im Rat vertreten. 13 weitere nicht-arktische Staaten sowie 25 zwischen- und nicht-staatliche Organisationen besitzen einen Beobachterstatus. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit konnten etliche Fortschritte hinsichtlich des Umweltschutzes, wirtschaftlicher Entwicklung, der Seesicherheit und Forschung erzielt werden. Bis heute ist es zudem weitgehend gelungen, den Einfluss von externen Konflikten (insbesondere die Ost-West-Beziehungen belastende Krise um die Ukraine seit 2014) auf die Zusammenarbeit unter den Arktisanrainern zu begrenzen. Die weitgehend funktionale Zusammenarbeit im Arktischen Rat setzte sich auch nach 2014 inklusive Ministerrattreffen fort.

Doch zur Absicherung eigener strategischer Interessen setzte spätestens 2014 ein wachsender Trend der Militarisierung

in der Region ein – vorangetrieben primär durch Russland, inzwischen auch durch die USA und China. Wie das Beispiel USA-Grönland/Dänemark zeigt, nimmt das Potential für Meinungsverschiedenheiten, Spannungen und Interessenkonflikten selbst unter Verbündeten zu. Beim jüngsten Ministertreffen des Arktischen Rates in Rovaniemi im Mai 2019 wurde erstmals, wie sonst üblich, keine gemeinsame ausführliche Abschlusserklärung verabschiedet, da sich die Mitglieder nicht auf den Inhalt einigen konnten, indem sich insbesondere die USA gegen eine Verwendung des Begriffs Klimawandel stemmten. Stattdessen gab es lediglich ein dünnes politisch weniger bedeutsames gemeinsames Statement der Außenminister. Gleichzeitig kristallisiert sich die Arktis zunehmend als Schauplatz des globalen Wettbewerbs um (militärische) Macht, Einfluss und Ressourcen zwischen den USA, Russland und China heraus. Für die Regierungen dieser Länder spielt dabei der Schutz der arktischen Umwelt, des Klimas und der Lebensbedingungen der Menschen eine eher zweitrangige Rolle.

Die USA haben sich mit der Durchsetzung nationaler Interessen und dem Ausbau militärischer Infrastruktur (z. B. Militärflugplatz Thule in Grönland) in der Arktis lange zurückgehalten. Angesichts eines neuen Fokus auf »China und Russland als zentrale Herausforderungen für langfristige Sicherheit und Wohlstand der USA« änderte die Regierung 2019 jedoch ihre Strategie. Trumps Grönlandvorstoß ist auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass China sich ebenfalls für die Insel interessiert und sich dort, wie in anderen Teilen der Arktis, an Bergbau- und Infrastrukturprojekten beteiligt bzw. beteiligen will. Die USA sehen gerade in der wirtschaftlichen wie auch militärischen Zusammenarbeit zwischen China und Russland eine große Herausforderung. Der andere nordamerikanische Arktisanrainer, Kanada, sieht dies ähnlich. Auch Kanada stellt seine territoriale Souveränität, den freien Zugang zum Meer und die nationale Sicherheit in den Fokus seiner arktischen Interessen und verstärkt seine militärische Präsenz.

RUSSLAND UND CHINA AUF DER SUCHE NACH EINFLUSS UND RESSOURCEN

Die russische Arktispolitik hat zwei übergeordnete Ziele: die Etablierung Russlands als führende arktische Nation sowie die volle Entwicklung des wirtschaftlichen Potentials der russischen Arktis. Zur Absicherung seiner Einflussphäre baut Russland mit viel Geld seine militärische Infrastruktur in der Arktis aus. Moskau fährt eine mehrgleisige Strategie, die für die Partner in der Region nicht leicht zu durchschauen ist: militärische Machtdemonstration bei gleichzeitiger Nutzung bi- und multilateraler Zusammenarbeit sowie von Spielräumen internationalen Rechts.

China zeigt sich im Rahmen seiner *Belt- und Road-Initiative* seit einigen Jahren verstärkt an arktischen Schifffahrtswegen und dem wirtschaftlichen Potential der Region interessiert. 2018 legte die chinesische Regierung erstmals ein Weißbuch zur Arktis vor. Trotz dessen offiziellem Fokus auf den Schutz und die Entwicklung der Region, Respekt vor internationa-

lem Recht, Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit richtet sich der nationale Diskurs klar auf die Ausbeutung der arktischen Bodenschätze. Chinas Strategie ist damit ebenfalls mehrgeleisig: es ist durchaus an Kooperation interessiert, ist gleichzeitig aber bereit, seine arktischen Interessen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Region soll Chinas wirtschaftlicher Entwicklung und seinem globalen Machtstatus dienen.

In dieser komplizierten Gemengelage und einer erwartbaren Dominanz der Großmächte drohen andere Akteure mit etwas anders gewichteten Interessen langfristig an den Rand gedrängt zu werden. Hierzu zählen insbesondere die fünf nordischen Länder – Dänemark (durch Grönland und die Färöer-Inseln), Finnland, Island, Norwegen und Schweden. Dementsprechend artikulieren sie ihre Interessen ebenso immer deutlicher und verstärken gemessen an ihren Möglichkeiten auch ihre militärische Präsenz in der Region.

Auch die Europäische Union (EU) und ihr größtes Mitglied, Deutschland, bemühen sich seit einigen Jahren um schärfere Profile in der Arktis. Noch tun sie sich aber schwer, kohärente Strategien verbunden mit klaren Zielsetzungen für die Region zu entwickeln.

ARKTISCHE INTERESSEN DER NORDISCHEN LÄNDER

Die nordischen Länder verfolgen teils ähnliche Interessen in der Arktis, weisen aber auch deutliche Unterschiede geopolitischer und geo-ökonomischer Art hinsichtlich Lage, Zugang und Prioritäten auf. Letztere haben alle Länder in regelmäßig aktualisierten nationalen Arktisstrategien festgelegt. Anders als Dänemark und Norwegen haben Schweden und Finnland nur Landgebiete nördlich des Nördlichen Polarkreises, der nach gängigen Definitionen die Grenze zur arktischen Region darstellt. Island liegt knapp südlich des Polarkreises. Aufgrund dieser geographischen Unterschiede sind die Interessen und Prioritäten dieser drei Länder etwas anders gelagert, insbesondere hinsichtlich wirtschaftlicher Aktivitäten und Ressourcen, als die Dänemarks und Norwegens.

Für Norwegen ist die Arktis die wichtigste außenpolitische Priorität, wobei Außen- und Innenpolitik im Hohen Norden eng miteinander verzahnt sind. Das Abschöpfen der arktischen Ressourcen wie auch der Schutz der Arktis sind für Norwegen zwei Seiten derselben Medaille und schließen sich nicht gegenseitig aus. Zu Norwegens Prioritäten gehören die internationale Zusammenarbeit, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung (Öl- und Gasgewinnung, Fisch und Meeresfrüchte, Schifffahrt und Tourismus), Wissensentwicklung/Forschung, Infrastruktur, Umwelt- sowie Katastrophenschutz. Während andere NATO-Staaten wie Kanada ein größeres Engagement der NATO in der Arktis nicht befürworten und die USA sich bedeckt hält, spricht sich Norwegen als kleines Land mit einer Grenze zu Russland klar dafür aus. Etliche großangelegte NATO-Manöver fanden und finden bereits in der norwegischen Arktis statt. Zu Russland unterhält Norwegen ein pragmatisches Verhältnis, indem es sich einerseits bemüht,

praktische Kooperationen, zum Beispiel bei der Seenotrettung, fortzusetzen, andererseits aber aufgrund von militärischen Machtdemonstrationen Russlands entlang der norwegischen Nordküste seine militärischen Aktivitäten zugunsten der nationalen Sicherheit verstärkt. Von besonderem Interesse für Norwegen ist das Spitzbergen Archipel, ein laut dem Spitzbergen-Vertrag von 1920 internationales und demilitarisiertes Gebiet unter norwegischer Verwaltung und Souveränität. Dort muss Norwegen allen Vertragspartnern gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Gewässern gewähren. Solange der Arktis insgesamt wenig Aufmerksamkeit zukam, funktionierte dieses Regime weitgehend gut. Doch inzwischen fürchtet Norwegen, dass insbesondere Russland und China dort mehr Ansprüche als bisher geltend machen und Norwegens Souveränität infrage stellen.

Dänemarks einziger direkter Zugang zur Arktis verläuft über die ehemalige Kolonie Grönland, das zwar seit 2009 über weitreichende Autonomie und Selbstbestimmungsrecht verfügt, weiterhin aber zum dänischen Königreich gehört. Während Kopenhagen aufgrund dieses Zugangs an einem Verbleib Grönlands im Königreich interessiert ist, bleibt für Grönland die Unabhängigkeit langfristig ein Ziel. Momentan ist sie jedoch aufgrund großer wirtschaftlicher Abhängigkeiten von Dänemark (noch) nicht realistisch. Die ebenfalls zu Dänemark gehörenden autonomen Färöer-Inseln liegen zwar südlich des nördlichen Polarkreises, sind aber von den klimabedingten Veränderungen in der Arktis unmittelbar betroffen und sehen sich in einer Schlüsselposition hinsichtlich der arktischen Schifffahrtsrouten. Wie Norwegen legt auch Dänemark einen Fokus auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen sowie die Nutzung des wirtschaftlichen Potentials bei gleichzeitiger Ausbeutung der Ressourcen. Für beide Länder spielt Umwelt- und Klimaschutz sicherlich auch eine Rolle, hat aber nicht den herausragenden Stellenwert wie für arktische Länder ohne Polarmeerküste wie Schweden oder nicht-arktische Staaten wie Deutschland. Dänemark erhöht ebenfalls seine militärische Präsenz und Kapazitäten in Grönland und Investitionen in der Region, betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit, die Arktis als *low-tension area* zu erhalten.

Ohne Territorium am und Zugang zum Arktischen Meer wird Schwedens und Finnlands Arktisengagement weniger von Sicherheits- und Ressourceninteressen denn von sogenannten »weichen« politischen Anliegen geprägt. Hierzu zählen die Verbesserung der Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstum ihrer peripheren arktischen Regionen sowie deren bessere Anbindung – im finnischen Fall zum Beispiel durch den Bau einer Eisenbahnlinie von der Ostseestadt Oulu nach Kirkenes/Norwegen, um den Export von Gütern (Holz, Eisenerz, Fisch) nach Asien zu erleichtern – Forschung sowie Umwelt-, Klima- und Minderheitenschutz. Beide Länder befürworten eine effektive nordische Zusammenarbeit in Arktisfragen sowie, anders als Norwegen und Dänemark, eine starke Rolle der EU. Islands Interessen an der Arktis sind vor allem wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Natur. Aufgrund seiner Lage und guten Infrastruktur (Tiefwasserhäfen) kann Island künftig eine Schlüsselposition als *Port of entry to the North-eastern sea-route* einnehmen.

Die Regierungen der nordischen Länder arbeiten im Rahmen des Arktischen Rats, des Nordischen Ministerrats (NMR), der EU sowie dem Barents-Euro-Rat in arktischen Fragen zusammen. Aus nordischer Perspektive ergänzen die verschiedenen Foren einander. Im Arktischen Rat stimmen sie sich so eng wie möglich und nötig ab und nutzen die zweijährigen Vorsitzperioden ihrer Länder, wenn diese aufeinanderfolgen, um Kontinuität herzustellen und gemeinsame nordische Interessen über einen längeren Zeitraum wirksam im Rat zu vertreten. Die teils unterschiedlichen Interessen der nordischen Länder zusammenbindend und gemeinsame Positionen herausstellend, unterhält der NMR seit 1996 Programme für die nordische Zusammenarbeit in der Arktis. Diese haben seitdem an (finanziellem) Umfang und Bedeutung gewonnen. Darin geht es weniger um harte wirtschaftliche, politische oder sicherheitsrelevante Interessen. Der Fokus liegt stattdessen auf der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den arktischen Regionen der nordischen Länder. Entsprechend sind die Gesundheitsversorgung, soziale Fragen und Bildung, die arktische Umwelt und Natur, Klima sowie eine nachhaltige/grüne wirtschaftliche Entwicklung Arbeitsschwerpunkte.

Der NMR stellt Expertise, Erfahrungen und Gelder für spezifische Projekte und Partnerschaften in diesen Schwerpunktbereichen zur Verfügung und kann auf diese Weise einen gewissen Einfluss auf Entwicklungen in der Arktis ausüben. Die genannten Themen passen zum allgemeinen Ziel der nordischen Zusammenarbeit, den *Norden* »grün, konkurrenzfähig und sozial nachhaltig« zu gestalten. Außerhalb der Strukturen des NMR wird die *Nordic Defense Cooperation* (Nordefco) zum Zwecke einer pragmatischen intra-nordischen Zusammenarbeit in einigen militärischen Fragen zunehmend ausgebaut. Diese hat mit seit 2013 regelmäßig ausgeführten gemeinsamen Truppenübungen im Hohen Norden (*Arctic Challenge Exercise*) auch eine arktische Komponente.

In den kleinen nordischen Ländern steigt generell das Bewusstsein, auch in Bezug auf andere internationale und europäische Zusammenhänge, dass sie ihre Zusammenarbeit und Koordination verbessern und ausbauen müssen, um als relevante und gewichtige Stimme wahrgenommen zu werden. Dies gilt umso mehr für die Arktis angesichts des allmählich harscher werdenden politischen Klimas.

DIE ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEUTSCHLANDS

Dabei könnten auch enge Kontakte und verstärkte Kooperationen mit der EU als Ganzem sowie großen und einflussreichen Mitgliedern wie insbesondere Deutschland hilfreich sein. Umgekehrt sind die nordischen Länder wichtige Türöffner in die Arktis für die EU und ihre Mitglieder.

Die EU bemüht sich seit Veröffentlichung der ersten von bislang drei Mitteilungen der Europäischen Kommission zur Arktis (eine Art Strategiepapier) von 2008 um die Formulierung ihrer Interessen und ein gemeinsames Vorgehen in der

Arktis. Dabei verfolgt sie laut der dritten Mitteilung vom April 2016 drei Hauptziele: die Intensivierung des Klima- und Umweltschutzes; die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung inklusive Einführung innovativer Technologien sowie Investitionen in Verkehrsverbindungen mit Fokus auf die europäische Arktis; die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in der Region.

Die EU möchte dabei primär Forschung und Wissensaustausch fördern, um eine Basis für das Angehen der aus dem Klimawandel resultierenden Herausforderungen zu schaffen. Zur Zeit wird ihre Arktisstrategie überarbeitet. Zu diesem Zweck eröffnete die Europäische Kommission im Sommer 2020 eine öffentliche Konsultierung, die eine »breite Reflexion der EU-Arktispolitik im Lichte der neuen Herausforderungen ermöglichen soll«. Darüber hinaus haben große EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Spanien und Polen nationale Arktisstrategien entwickelt. Doch die Ambitionen, Interessen und Ziele der EU und ihrer Mitglieder in der Arktis bleiben für andere Arktisakteure vage.

Das liegt unter anderem daran, dass der direkte Zugang der EU in die arktischen Regionen begrenzt ist, die Interessen innerhalb der EU unterschiedlich sind und die EU nicht als einheitlicher Block auftritt. Ihre Position in der arktischen Governancestruktur wird auch dadurch geschwächt, dass sie noch immer keinen eigenständigen Beobachterstatus im Arktischen Rat hat. Vorläufig bleibt die EU daher ein Arktisakteur mit begrenzten Einflussmöglichkeiten.

Die deutsche Bundesregierung arbeitet als Beobachter im Arktischen Rat in etlichen Arbeitsgruppen aktiv mit. Zur Untermauerung ihres Engagements hat sie im August 2019 zum zweiten Mal nach 2013 »Leitlinien deutscher Arktispolitik« verabschiedet. Stärker noch als damals wird anerkannt, dass das vorhandene wirtschaftliche Potential der Region, für das sich Deutschland durchaus interessiert, Gefahren und Risiken birgt. Demzufolge steht Umwelt- und Klimaschutz sowie Forschung im deutschen Fokus. Hinsichtlich der Polarforschung nimmt Deutschland sogar eine Spitzenposition ein, wie das aktuelle vom Alfred-Wegener-Institut geleitete internationale Projekt »Expedition MOSAiC« in der arktischen Eisdrift eindrucksvoll beweist. Dieses ist zudem ein herausragendes Beispiel für internationale Forschungskooperation im Hinblick auf den Klimawandel in der Arktis. Für ein einzelnes Land wäre ein solches Projekt kaum realisierbar. Hinsichtlich Umweltschutz und Schifffahrt spricht sich Deutschland für strenge Regularien, Schutzgebiete und gegen den Einsatz von mit Atom oder Schweröl betriebenen Schiffen aus und will auf für alle verbindliche Regeln bzw. deren Einhaltung z. B. des »Polar Codes« (ein 2017 in Kraft getretener Katalog von verbindlichen Standards und Regeln für polare Gewässer der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation) hinwirken.

Zudem haben aufgrund der veränderten globalen Lage strategische und sicherheitspolitische Aspekte für die Bundesregierung jetzt einen ungleich höheren Stellenwert. Die neuen Leitlinien heben explizit hervor, dass sich aufgrund überschneidender Interessen, Gebietsansprüchen und möglichen

Ressourcenkonflikten das Potential für stabilitätsgefährdendes nicht-kooperatives Verhalten und in der Folge Krisen erhöht. Deutschland will einer verstärkten Militarisierung der Region durch das Fördern von Kooperationen und das Einbringen von Vermittlungskompetenz entgegenwirken.

Doch auch wenn die Leitlinien wichtige Punkte enthalten und auf eine ambitioniertere Rolle der Bundesregierung in der Arktis hindeuten, bleibt weiterhin unklar, welchen Stellenwert diese haben: Bilden sie eine eigenständige kohärente Politik bzw. politische Strategie oder sind sie pure Absichtserklärung? Inwiefern wird die Arktis in Zukunft eine außenpolitische Priorität für Deutschland werden und was wird das Land in der Region konkret bewirken können?

DIE NOTWENDIGKEIT ENGER EUROPÄISCHER ZUSAMMENARBEIT IN DER ARKTIS

Wenn die Europäer in der Arktis Einfluss ausüben und auf die Einhaltung internationaler Regeln und Vereinbarungen hinwirken möchten, geht dies nur über ein entschlossenes gemeinsames Auftreten und aufeinander abgestimmte kohärente, konkrete, ergebnisorientierte und umsetzbare europäische wie nationale Strategien. Dabei müssen die Unterschiede hinsichtlich nationaler Einzelinteressen, Anrainer vs. Nichtanrainer, ebenso wie die unterschiedlichen Bedürfnisse einzelner arktischer Regionen berücksichtigt werden.

Zwar fehlt anders als in den Leitlinien für eine deutsche Arktispolitik von 2013 im neuen Dokument ein expliziter Hinweis auf die Bedeutung bi- und multilateraler Beziehungen zu Arktisanrainern, um auch als Nichtarktistaat einen gewissen Einfluss auf Entwicklungen in der Region ausüben zu können. Diese werden jedoch weiterhin eine große Bedeutung für Deutschland haben und die Bundesregierung sollte sich weiterhin intensiv um speziell die nordischen Länder bemühen. Norwegen zum Beispiel entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Partner und Zugang in die Region, gerade auch für deutsche Energieunternehmen.

Umgekehrt nehmen die nordischen Länder Deutschland als wichtigen, verlässlichen und gleichgesinnten Partner wahr, der bei der Durchsetzung eigener Interessen behilflich sein kann. Bei einem Treffen der fünf nordischen Regierungschefs mit Bundeskanzlerin Merkel in Reykjavik im August 2019 wurde eine Plattform für einen noch engeren Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern geschaffen, insbesondere u. a. in Fragen der Nachhaltigkeit. Die Arktis wurde dabei zwar nicht explizit genannt, doch es ist klar erkennbar, dass auch sie gemeint ist. Noch muss die Plattform jedoch mit konkreten Inhalten und Zielen gefüllt werden.

Zudem wird die Initiative von Außenminister Heiko Maas einer »Allianz des Multilateralismus« zur Stärkung des multilateralen Systems von den nordischen Ländern unterstützt und sollte konsequent gerade auch mit Blick auf die Arktis umgesetzt werden. Dies könnte eine Stärkung des Arktischen Rats, eine noch engere Einbindung von Nichtanrainerstaaten in

dessen Aktivitäten beinhalten sowie die eventuelle Schaffung einer inklusiven arktischen Plattform zur Erörterung sicherheitspolitischer Fragen.

Hinsichtlich der Rolle der EU wünschte sich die finnische EU-Ratspräsidentschaft 2019, dass diese in ihren auswärtigen Beziehungen der Arktis mehr Beachtung schenkt. Diese Position wird von den neuen deutschen Arktisleitlinien unterstützt, die zudem zu einer intensiveren Befassung mit den sicherheitspolitischen Implikationen durch EU und NATO aufrufen. Allerdings kann die EU den Fokus ihrer Arktispolitik erst dann glaubhaft auf geo- und sicherheitspolitische Fragen verlegen, wie von Beobachtern für die neue Arktisstrategie gefordert, wenn sie insgesamt einen starken und effektiven außen- und sicherheitspolitischen Pfeiler geschaffen hat. Ohne einen solchen würden entsprechende Ambitionen in der Arktis kaum ernst genommen werden. Momentan kann sie mehr Einfluss ausüben, wenn sie sich auf ihre Kernkompetenzen in Bereichen wie Wirtschaft, Handel, Infrastruktur und Forschung konzentriert und hier in Form von konkreten und ergebnisorientierten Projekten einen Mehrwert anbietet.

Die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Europäer in der Arktis soll jedoch keineswegs implizieren, sich von den anderen Anrainern abzusetzen. Im Gegenteil sollten sie die Zusammenarbeit mit diesen ebenfalls weiter intensivieren. Auch wenn noch der Wille zur Kooperation überwiegt, müssen sie sich aber gemeinsam für eine nicht gänzlich ausschließende Situation wappnen, in der die USA, Russland und China aus den internationalen Strukturen ausscheren und ihre Interessen verstärkt national und im Bedarfsfall mit militärischen Mitteln verfolgen.

ÜBER DEN AUTOR

Dr. Tobias Etzold ist Politikwissenschaftler und Dozent für Europastudien an der Technischen und Naturwissenschaftlichen Universität Norwegens (NTNU) in Trondheim. Zuvor war er Projektleiter des vom Nordischen Ministerrat geförderten Nordeuropaprojekts »Research Centre Norden« (RENOR) an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Diese Publikation ist im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm entstanden.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Westeuropa / Nordamerika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Michèle Auga, Leiterin, Referat Westeuropa / Nordamerika
Tel.: +49-30-269-35-7736

Bestellungen/Kontakt:

FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

DAS FES-BÜRO IN STOCKHOLM (<https://nordics.fes.de>)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Island.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger_innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch

zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik.

EINFLUSS DURCH KOOPERATION?

Nordische, deutsche und EU-Interessen in der Arktis



Noch ist die Arktis weitgehend von funktionaler Zusammenarbeit geprägt. Doch das Potential für Spannungen und Interessenskonflikte nimmt selbst unter Verbündeten zu, wie das Beispiel USA-Dänemark/Grönland im Sommer 2019 zeigte. Dabei kristallisiert sich die Arktis zunehmend als ein Schauplatz des globalen Wettbewerbs um (militärische) Macht, Einfluss und Ressourcen zwischen den USA, Russland und China heraus, die ihr arktisches Engagement zuletzt deutlich erhöht haben.



Die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden verfolgen teils ähnliche wirtschaftliche und politische Interessen in der Arktis, weisen aber auch deutliche Unterschiede geopolitischer und geo-ökonomischer Natur hinsichtlich Lage, Zugang zum Polarmeer und Prioritäten auf. Doch generell steigt das Bewusstsein, dass sie ihre Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen des Arktischen Rates sowie des Nordischen Ministerrats ausbauen müssen, um als relevante und gewichtige Stimme in der Arktis wahrgenommen zu werden.



Angesichts der komplizierten internationalen Gemengelage sollten die nordischen Länder auch in und mit der Europäischen Union sowie deren Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, noch enger in arktischen Fragen zusammenarbeiten. Nachhaltigen Einfluss werden sie nur durch ein entschlossenes gemeinsames Auftreten und aufeinander abgestimmte kohärente, konkrete, ergebnisorientierte und umsetzbare europäische wie nationale Strategien ausüben können.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

<https://www.fes.de/referat-westeuropa-nordamerika-und-japan>